

April 2026

WAHLMONITOR **iep****Parlamentswahl****Ungarn****Daniel Hegedüs**

Auf Aufprallkurs

Ungarns Wahlen 2026: Fünf Szenarien und ihre Implikationen für die Europäische Union und die Ukraine

Einleitung

Die ungarischen Parlamentswahlen am 12. April zählen zu den folgenreichsten Wahlgängen in Europa im Jahr 2026 – mit weitreichenden Konsequenzen sowohl für die Europäische Union als auch für die Ukraine.

Das illiberale Regime des langjährigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán hat Ungarn in den 16 Jahren seiner Herrschaft seit 2010 nicht nur in eine [Wahlautokratie](#) transformiert, sondern sich zugleich zu einem Störfaktor strategischer Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union, zu einer Gefahr für deren demokratische und politische Integrität sowie zu einem Hemmnis für den EU-Beitrittsprozess der Ukraine und sogar für deren Verteidigungskrieg entwickelt – insbesondere durch die wiederholte Blockade finanzieller EU-Unterstützung für die Ukraine.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, die plausibelsten Wahlszenarien näher zu analysieren und ihre Konsequenzen nicht nur für die ungarische Demokratie und Gesellschaft, sondern auch für die Europäische Union und zentrale europäische Partner wie die Ukraine zu skizzieren.

Ausgangslage

Mit Blick auf die innenpolitische Lage Anfang März 2026 zeigt sich eine erhebliche Divergenz zwischen den Ergebnissen regierungsnaher und unabhängiger Umfrageinstitute: Während erstere einen soliden und konsistenten Vorsprung der regierenden Fidesz-Partei messen (zwischen 3 und 7 Prozentpunkten), weisen letztere einen deutlichen Vorsprung (zwischen 8 und 17 Prozentpunkten) für die mitte-rechts verortete Oppositionspartei „Respekt & Freiheit“ (Tisza) unter ihrem symbolträchtigen Spitzenkandidaten Péter Magyar aus. Zum Vergleich: Politicos aggregierter Umfrageindex [Poll of Polls](#) verzeichnet in dieser Periode einen klaren Vorsprung für Tisza (48 % der Wahlwilligen) gegenüber Fidesz (39 %).

Bislang war Tisza vergleichsweise erfolgreich darin, im Januar und Februar die politische Agenda zu setzen und zu dominieren, indem die Partei in regelmäßigen Abständen ihre Ministerkandidatinnen und -kandidaten vorstellte und am 7. Februar ihr [Wahlprogramm](#) veröffentlichte.

Demgegenüber hatte Fidesz mit mehreren Skandalen zu kämpfen, ausgelöst unter anderem durch [rassistische Äußerungen von János Lázár](#), Ungarns Minister für Bauwesen und Verkehr sowie einer der prägenden Köpfe der Fidesz-Kampagne, ebenso wie [durch Enthüllungen über die Umweltverschmutzung in der Samsung-Batteriefabrik in der Gemeinde Göd](#) – einem zentralen Investitionsprojekt der Regierung in den vergangenen Jahren. Dort lagen die Belastungswerte in manchen Fällen um bis zu 500 % über den zulässigen Grenzwerten, wobei der Regierung die Gesundheitsrisiken Berichten zufolge bekannt gewesen sein sollen, ohne dass sie tätig wurde.

Hinzu kamen [Spionagevorwürfe gegen investigative Journalisten wie Szabolcs Panyi](#), der zu möglicher russischer Einflussnahme auf die ungarische Politik recherchiert, ebenso wie [belastende Hinweise darauf, dass das Amt für Verfassungsschutz, der ungarische Inlandsnachrichtendienst, mit aktiven Maßnahmen gegen Tisza vorgegangen ist](#) und sogar IT-Fachkräfte der Partei bedroht und unter Druck gesetzt hat. Schließlich brachte Balázs Orbán, der politische Direktor des Ministerpräsidenten, Anfang Februar öffentlich [die Möglichkeit eines Wahlbetrugs zugunsten der Opposition ins Spiel](#) – ein ungewöhnlicher Schritt für eine amtierende Regierung, die in den vergangenen 16 Jahren die öffentliche Verwaltung zentralisiert und politisiert hat.

Dieser bisherige Status quo des Wahlkampfs wurde jedoch in der ersten Märzwoche grundlegend erschüttert, als sich die Regierungen Ungarns und der Ukraine wechselseitig attackierten und es zu einer [beispiellosen Eskalation ihrer bilateralen Beziehungen](#) kam.

Vor dem Hintergrund der eskalierenden Spannungen zwischen Budapest und Kyjiw [kaperten ungarische](#)

[Spezialkräfte auf ungarischem Staatsgebiet einen Geldtransportkonvoi der ukrainischen Otschadbank](#). Dem Vorfall vorausgegangen waren Streitigkeiten über die Reparatur der im Zuge eines russischen Angriffs am 27. Januar [beschädigten Druschba-Pipeline](#), über die [Blockade eines EU-Finanzhilfepakets in Höhe von 90 Milliarden Euro für die Ukraine](#) durch die ungarische Regierung sowie über das [20. Sanktionspaket der EU](#). Hinzu kam eine [umstrittene Aussage von Präsident Wolodymyr Selenskyj](#) vom 4. März, die in Budapest als Drohung gegen die persönliche Sicherheit von Ministerpräsident Viktor Orbán interpretiert wurde.

Berichten zufolge transportierte der Konvoi 40 Millionen US-Dollar und 35 Millionen Euro in bar sowie zusätzlich 9 Kilogramm Gold, die von den ungarischen Behörden einbehalten wurden. Die sieben ukrainischen Begleitpersonen des Konvois, von denen die meisten einen militärischen oder nachrichtendienstlichen Hintergrund hatten, wurden zunächst festgenommen und anschließend aus Ungarn ausgewiesen.

Gleichzeitig erklärte Ministerpräsident Orbán, [Ungarn werde die Ukraine mit Macht dazu zwingen](#), den Öltransit durch die Druschba-Pipeline ohne jeglichen Kompromiss wieder aufzunehmen.

Die Eskalation hat die Ukraine wieder ins Zentrum des ungarischen Wahlkampfs gerückt. Die unglückliche Kommunikation von Präsident Wolodymyr Selenskyj am 4. März, die weithin als kaum verhüllte Drohung gegen Ministerpräsident Viktor Orbán verstanden wurde, spielte der Wahlkampfstrategie von Fidesz in die Hände. Sie verstärkte Orbáns Narrativ, Ungarn befinde sich in einem realen bilateralen Konflikt mit der Ukraine und Kyjiw stelle eine Bedrohung für die ungarische Souveränität dar. In diesem Kontext sah sich auch Oppositionsführer Péter Magyar gezwungen, [Selenskyjs Aussage zu verurteilen](#).

Da die bilateralen Spannungen den Wahlkampf zunehmend dominieren und damit innenpolitische Themen wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, strategische Korruption und den Verfall öffentlicher Dienstleistungen aus dem Fokus rücken, dürfte Fidesz hiervon zulasten von Tisza profitieren.

Damit stellt die Eskalation einerseits eine erhebliche Herausforderung für die Wahlkampfstrategie von Tisza dar und erhöht andererseits den Einsatz dieser Wahl noch weiter – insbesondere für die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Ukraine.

Insgesamt deuten diese Entwicklungen darauf hin, dass der Wahlkampf in der ersten Märzwoche in eine qualitativ neue Phase eingetreten ist. Dieser Wandel verschaffte dem bislang schwächelnden Amtsinhaber Fidesz strukturelle Vorteile und stellte Tisza vor neue Herausforderungen, da sich die Wahlkampfzählung von oppositionell dominierten Themen hin zur Kernagenda der Regierung verschob.

Vor diesem Hintergrund geht die Szenarioanalyse von der Annahme aus, dass der Wahlwettbewerb inzwischen völlig offen geworden ist und nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich die Parteipräferenzen in den letzten fünf Wochen des Wahlkampfs noch in erheblichem Maße verschieben.

Aus dieser Ausgangslage lassen sich fünf unterschiedliche Wahlszenarien identifizieren, die im Folgenden – zusammen mit ihren Auswirkungen auf die Europäische Union und die Ukraine – in der Reihenfolge ihrer eingeschätzten Wahrscheinlichkeit vorgestellt werden.

Diese fünf Szenarien stehen für unterschiedliche politische Entwicklungspfade mit weitreichenden und jeweils unterschiedlichen innen- wie außenpolitischen Folgen. Sie beschreiben fünf Konstellationen, auf die sich Ungarns europäische Partner vorbereiten müssen – nicht notwendigerweise fünf verschiedene Wahlausgänge. Im Kern handelt es sich um folgende Szenarien:

1. Sieg der Opposition mit stabilem Regierungsmandat
2. Sieg der Opposition bei parlamentarischer Pattsituation
3. Die erste manipulierte Wahl in der EU
4. Neutralisierung des Wahlergebnisses oder Verschiebung der Wahl durch einen verfassungsrechtlichen Staatsstreich
5. Sieg von Fidesz in freien Wahlen mit stabilem Regierungsmandat

Szenario 1: Sieg der Opposition mit klarem Regierungsmandat

Ungarn hatte seine „letzten freien und fairen“ Wahlen vor 16 Jahren, im Jahr 2010. Seither wiesen alle ungarischen Wahlen systemische Defizite im Hinblick auf ihre demokratische Qualität auf und können daher als „unfair“ charakterisiert werden.

Die wichtigste europäische Wahlbeobachtungs-institution, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE, beobachtete die Wahlen [2014](#), [2018](#) und [2022](#) und legte jeweils äußerst kritische Berichte vor. Wie der OSZE-ODIHR-Bericht von 2018 formulierte, waren die Parlamentswahlen *„durch eine allgegenwärtige Vermischung staatlicher und parteipolitischer Ressourcen geprägt, die die Fähigkeit der Bewerber untergrub, unter gleichen Bedingungen zu konkurrieren. Den Wählerinnen und Wählern stand zwar ein breites Spektrum politischer Optionen zur Verfügung, doch einschüchternde und xenophobe Rhetorik, Medienverzerrung und intransparente Wahlkampffinanzierung verengten den Raum für eine echte politische Debatte und behinderten die Fähigkeit der Wählerschaft, eine vollständig informierte Entscheidung zu treffen.“*

Das politische Spielfeld ist weitgehend uneben – aufgrund der Dominanz von Fidesz über die Medienlandschaft, ihres erheblichen Vorteils bei Finanz- und Kampagnenressourcen sowie aufgrund der Struktur des Wahlsystems und des Gerrymandered-Charakters der Einerwahlkreise. In der Vergangenheit reichten diese systemischen Vorteile aus, um Fidesz einen reibungslosen Wahlsieg und eine verfassungsgebende Zweidrittelmehrheit zu sichern.

Jüngere Umfragen und auch die Kommunikationsstrategie der Regierung deuten jedoch darauf hin, dass die Unzufriedenheit mit der Regierungsführung von Ministerpräsident Viktor Orbán mittlerweile stark und weit verbreitet genug ist, dass selbst das ungleiche ungarische Wahlspielfeld einen Sieg der Opposition nicht mehr zwangsläufig verhindern kann. Da Tisza in den Umfragen derzeit vor Fidesz liegt, könnte das relative Mehrheitswahlsystem in den Einerwahlkreisen der Opposition sogar zugutekommen. Aufgrund der

zugeschnittenen Wahlkreisgrenzen dürfte Tisza jedoch weiterhin einen Vorsprung von drei bis vier Prozentpunkten vor Fidesz benötigen, um eine parlamentarische Mehrheit zu sichern.

Vor diesem Hintergrund ist ein klarer Sieg der Oppositionspartei Tisza dann plausibel zu erwarten, wenn zwei grundlegende Bedingungen erfüllt sind:

- Die Wahlen bleiben weitgehend frei – insbesondere in Abwesenheit autoritärer Maßnahmen zur Wählerbeeinflussung oder von Unregelmäßigkeiten am Wahltag mit erheblichem Einfluss auf das Ergebnis;
- Der derzeitige Trend der Wählerpräferenzen bleibt stabil und erfährt infolge der Eskalation mit der Ukraine und ihrer Auswirkungen auf die Wahlkampf-narrative keine signifikanten Verschiebungen.

Die Stärke des parlamentarischen Mandats von Tisza wird vor allem davon abhängen, wie groß ihr Vorsprung auf Fidesz ausfällt und ob die rechtsextreme Partei *Mi Hazánk* („Unsere Heimat“) – derzeit die einzige weitere Partei oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde – den Einzug ins Parlament schafft.

Im Falle eines Zweiparteiparlaments oder eines deutlichen Vorsprungs von rund sieben oder mehr Prozentpunkten zugunsten von Tisza könnte die Oppositionspartei jedoch ausreichend Sitze erringen, um über eine stabile parlamentarische Mehrheit zu verfügen und eine neue demokratische Regierung zu bilden.

Eine solche Regierung sähe sich zwar mit einer nahezu vollständigen verfassungsrechtlichen Staatsvereinbarung („state capture“) sowie institutionellem Widerstand seitens des Staatspräsidenten, des Verfassungsgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft und des Budgetrats konfrontiert. Dennoch könnte sie sinnvolle Reformen umsetzen – etwa den Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft –, die wichtige Output-Legitimität erzeugen könnten, insbesondere dann, wenn sie zur zumindest teilweisen Freigabe eingefrorener EU-Mittel führten.

Darüber hinaus ist dies das einzige Szenario, das die angemessene politische Grundlage für einen Neustart der ungarischen Außen- und Europapolitik schaffen könnte:

Ungarn könnte wieder zu einem vertrauenswürdigen und konstruktiven europäischen Partner werden und ein dringend notwendiger Versöhnungsprozess zwischen der Ukraine und Ungarn könnte eingeleitet werden.

Nahezu sichere positive Folgen einer Tisza-Regierung mit solidem parlamentarischem Mandat wären das Ende des ungarischen Blockadeverhaltens auf EU-Ebene, insbesondere mit Blick auf aktuelle und künftige EU-Unterstützung für die Ukraine sowie auf die Sanktionspolitik gegenüber Russland.

Auch die Aufgabe der ungarischen Blockade beim Start der Beitrittsverhandlungen im Cluster „Fundamentals“ könnte ein leicht erreichbares Ziel sein, wenngleich sie womöglich hochrangiger bilateraler diplomatischer Bemühungen zwischen beiden Ländern bedarf.

Péter Magyar und seine Tisza-Partei sind allerdings keine pro-ukrainischen politischen Kräfte. Auch wenn einige von Magyars kritischen Aussagen über Präsident Selenskyj wahlkampfgetriebenen Notwendigkeiten geschuldet waren, würde Tisza selbst in einer gesicherten Regierungsposition keine militärische Unterstützung für die Ukraine leisten. Unterhalb dieser Eskalationsstufe bestehen jedoch zahlreiche reale Möglichkeiten sektorspezifischer bilateraler Zusammenarbeit, die helfen könnten, das Vertrauen zwischen beiden Regierungen und Gesellschaften wiederherzustellen. Magyar dürfte zwar bereit sein, die ungarische Vetodiplomatie aufzugeben, doch könnte ein tiefergehendes bilaterales Engagement auch Gesten der ukrainischen Seite erfordern – insbesondere im Hinblick auf Minderheitenrechte und die Legalisierung der doppelten Staatsbürgerschaft für ethnische Ungarn.

Szenario 2: Sieg der Opposition und parlamentarische Pattsituation

Wie oben erwähnt, könnte Tisza aufgrund der zugeschnittenen Einerwahlkreise landesweit fünf bis sieben Prozentpunkte mehr Stimmen benötigen als Fidesz, um eine parlamentarische Mehrheit zu erzielen. Darüber hinaus wird das Mehrheitsverhältnis im Parlament maßgeblich davon beeinflusst werden, ob die

rechtsextreme Partei *Mi Hazánk* am Ende die Fünf-Prozent-Hürde überschreitet.

Die meisten Umfragen sehen *Mi Hazánk* bei 5 oder 6 % Wählerunterstützung. Da dieses Ergebnis noch klar innerhalb der Fehlermarge der Umfragen liegt und kurzfristige Mobilisierung durch beide großen Parteien einige *Mi Hazánk*-Wähler ins Lager von Fidesz ziehen könnte, ist es zu früh, um mit Sicherheit vorherzusagen, ob *Mi Hazánk* tatsächlich ins Parlament einzieht – und damit, ob dem nächsten ungarischen Parlament zwei oder drei Parteien angehören werden.

Sollte *Mi Hazánk* die Hürde tatsächlich überspringen – was derzeit eher wahrscheinlich erscheint – und sollte der Vorsprung von Tisza deutlich unter ihrem gegenwärtigen Umfragevorsprung bleiben, könnte am Ende ein Dreiparteienparlament entstehen, in dem Tisza trotz höchsten Stimmenanteils und möglicherweise als stärkste Fraktion im Parlament über keine Mehrheit verfügt.

Theoretisch könnte eine solche Konstellation in einer Minderheitsregierung von Tisza münden; wahrscheinlich ist dieses Szenario jedoch eher nicht. Aufgrund der größeren ideologischen Nähe und des Potenzials von Fidesz, Druckmittel gegenüber der Partei einzusetzen, könnte Fidesz besser positioniert sein, eine Koalition oder ein Tolerierungsabkommen mit *Mi Hazánk* zu bilden. In einer solchen Lage könnte Präsident Tamás Sulyok, der weithin als Fidesz nahestehend gilt, Viktor Orbán mit der Regierungsbildung beauftragen.

Zwar könnte es für *Mi Hazánk* attraktiv sein, Regierungsverantwortung zu übernehmen und erheblichen Einfluss auf Fidesz auszuüben, doch dürften Koalitionsverhandlungen alles andere als einfach verlaufen. Die Regierungsbildung könnte sich unter solchen Umständen hinziehen und von massiven Protesten seitens Tiszas begleitet werden.

Aus ukrainischer Perspektive könnte dieses Szenario erhebliche negative Folgen haben. Eine bis in den Juni hinein verschleppte Regierungsbildung würde die Chancen, dass Ungarn seine Blockade des EU-Finanzhilfepakets von 90 Milliarden Euro für die Ukraine aufgibt, deutlich verringern und Kyjiw von Budapest aus

an den Rand einer fiskalischen Klippe treiben. Angesichts der Plausibilität dieses Szenarios wären die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten gut beraten, alternative Finanzierungsmodalitäten in Betracht zu ziehen, um diesen kritischen Zeitraum für die Ukraine zu überbrücken oder das ungarische Veto zu umgehen.

Zudem könnte nationalistisch zentrierte Mobilisierung zu einem zentralen Wettbewerbsfeld zwischen Fidesz und *Mi Hazánk* werden, während beide Parteien versuchen, einander auszustechen und die Oberhand zu gewinnen – sei es in einer formellen Koalition, in einer parlamentarischen Stützungsvereinbarung oder mit Blick auf potenzielle Neuwahlen.

Dies würde ein politisches Klima schaffen, in dem Kompromisse mit der Ukraine noch unwahrscheinlicher wären als unter einer starken Fidesz-Einparteienregierung, da jedes Zugeständnis sofort von *Mi Hazánk* ausgeschlachtet und als Zeichen „nationaler Schwäche“ von Fidesz dargestellt werden könnte.

Gleichzeitig wäre es wenig wahrscheinlich, dass eine solche Koalition eine gesamte Legislaturperiode überdauert. Sollte *Mi Hazánk* nur knapp in das Parlament einziehen, hätte die Partei wenig Anreiz, sofortige Neuwahlen herbeizuführen, was kurzfristig zumindest ein Mindestmaß an konstruktiver Zusammenarbeit mit Fidesz sichern könnte. Längerfristig könnte politische Instabilität jedoch zur Auflösung des Parlaments führen. Sollte Tisza in der Oppositionsrolle deutlich an Stärke verlieren, könnte der Druck in Richtung vorgezogener Neuwahlen wachsen – eine Gelegenheit, die sowohl Fidesz als auch *Mi Hazánk* vermutlich zu nutzen versuchen würden.

Dieses Szenario ginge voraussichtlich mit erhöhter innenpolitischer Instabilität, einer weiteren Eskalation nationalistischer Rhetorik und folglich mit wachsenden Spannungen in Ungarns Beziehungen sowohl zur Europäischen Union als auch zur Ukraine einher.

Szenario 3: Die erste manipulierte Wahl in der EU

Nach 16 Jahren demokratischer Erosion, die Ungarn nach Einschätzung führender Demokratierankings wie des

[Varieties of Democracy Institute](#) und des [Europäischen Parlaments](#) in eine Wahlaokratie verwandelt haben, steht für die amtierende Fidesz – KDNP Allianz bei den kommenden Wahlen außerordentlich viel auf dem Spiel. Die erhebliche Verstrickung des Regimes in strategische Korruption – [die Ungarn faktisch zu einem der korruptesten Länder der Europäischen Union gemacht hat](#) – bedeutet, dass Mitglieder des Regimes und mit ihm verbundene Oligarchen nicht nur den Machtverlust, sondern auch berechnete strafrechtliche Verfolgung und deren mögliche Folgen fürchten müssen.

Obwohl die Staatsanwaltschaft derzeit weiterhin fest unter der politischen Kontrolle von Fidesz steht, dürften die Amtsinhaber dennoch besorgt sein, dass politische Übertritte diese Kontrolle schwächen könnten, falls Tisza die Regierung übernehmen sollte.

Wie bereits ausgeführt, hat das Orbán-Regime seit 2014 die Fairness ungarischer Wahlen massiv untergraben, indem es öffentliche und große Teile privater Medien unter politische Kontrolle brachte und staatliche Ressourcen systematisch für Parteizwecke einsetzte – [Entwicklungen, die in Wahlbeobachtungsberichten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wiederholt dokumentiert wurden](#).

Damit steht fest, dass [auch die Wahlen von 2026 in Ungarn unfair sein werden](#). Offenbar reicht aber das durch die üblichen Praktiken von Fidesz geschaffene ungleiche Spielfeld jedoch nicht mehr aus, um einen potenziellen Wahlsieg von Tisza zu verhindern.

Unter diesen Umständen stellt sich für Ministerpräsident Viktor Orbán eine strategische Frage: Kann er es sich angesichts der im Laufe der vergangenen 16 Jahre angehäuften antidemokratischen Praktiken und Korruptionsrisiken leisten, eine Wahl zu verlieren – und damit die Möglichkeit eines demokratischen Comebacks in der Zukunft offenzuhalten? Oder muss er unter allen Umständen an der Macht bleiben, um strafrechtlicher Verfolgung und dem Ende seiner politischen Laufbahn zu entgehen?

Angesichts des Ausmaßes staatlicher Vereinnahmung in Ungarn und der Auslagerung erheblicher öffentlicher Mittel in ein Netzwerk von Fidesz-kontrollierten Privatstiftungen mit „Deep-State“-ähnlicher Struktur – etwa das [Mathias Corvinus Collegium](#) – mag die erste Option plausibler erscheinen.

Gleichwohl legen die möglichen strafrechtlichen Folgen für Regimeinsider sowie die erkennbare Verzweiflung hinter einigen jüngsten Schritten von Fidesz, darunter die berichtete [Entsendung hochrangiger Funktionäre der Hauptverwaltung des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation \(GRU\) nach Ungarn](#) während des Wahlkampfs, nahe, dass auch die zweite Option nicht ausgeschlossen werden kann.

Ministerpräsident Orbán könnte zudem versucht sein, auf autoritäre Maßnahmen zurückzugreifen, die die Freiheit der Wahlen untergraben, um an der Macht zu bleiben, weil das internationale Umfeld eine solche Strategie stärker begünstigt als jemals zuvor. Selbst 2022 verfolgten sowohl die EU als auch die Vereinigten Staaten die Integrität der ungarischen Wahlen sehr genau und schreckten damit potenzielle Manipulationen ab, die die Freiheit der Wahlen beeinträchtigen und ihre Legitimität unterminieren könnten.

Dieses Schutznetz existiert 2026 nicht mehr. Die [Trump-Administration hat Ministerpräsident Orbán nicht nur mehrfach öffentlich unterstützt, sondern in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie](#) auch eine Politik der Wahleinmischung angekündigt, um ideologisch nahestehende radikal rechte Kräfte in Europa an die Macht zu bringen oder dort zu halten.

Dies schafft ein begünstigendes Umfeld für ein Szenario, in dem Fidesz Unregelmäßigkeiten am Wahltag initiiert oder in Zusammenarbeit mit russischen Akteuren eine an Rumänien erinnernde Informationsmanipulationsoperation organisiert, die die Wahlergebnisse erheblich beeinflussen oder sogar verändern könnte.

Sollte sich ein solches Szenario verwirklichen, wäre dies die erste in erheblichem Maße manipulierte Wahl innerhalb der Europäischen Union – mit all ihren verheerenden Konsequenzen für die demokratische Integrität und die Entscheidungsprozesse der EU. Leider

könnte gerade die Tatsache, dass die EU selbst unter solchen extremen Umständen nicht in der Lage wäre, die Stimmrechte der ungarischen Regierung im Rat auszusetzen – aufgrund der Konstruktionsmängel des Artikel-7-Verfahrens –, Orbán zusätzlich ermutigen, diesen politischen Weg einzuschlagen. Dass dies eine schwere institutionelle Krise in der EU auslösen könnte, könnte wiederum sowohl die Trump-Administration als auch den Kreml dazu bewegen, Orbán stillschweigend oder effektiv bei der Anwendung von Wahlmanipulationstaktiken zu unterstützen.

Da dieses Szenario im rechtlichen Rahmen der EU kaum wirksam aufgefangen werden kann, müssen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten über den bestehenden Rahmen hinausdenken und politische Lösungen für eine potenzielle institutionelle Krise entwickeln. Dies könnte dadurch erleichtert werden, dass manipulierte Wahlen die bislang beispiellose Frage der Anerkennung von Regierungen innerhalb der EU aufwerfen und die Beziehungen zwischen Ungarn und der EU damit in erheblichem Umfang vom Terrain des EU-Rechts auf jenes des Völkerrechts verlagern.

Sollte auch nur ein EU-Mitgliedstaat das manipulierte Wahlergebnis nicht anerkennen, könnte eine Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der ungarischen Regierung in Ratsformationen unmöglich werden. Eine solche Situation ließe sich administrativ dadurch auffangen, dass António Costa und die jeweils amtierende Ratspräsidentschaft der ungarischen Regierung keine Einladungen zu Tagungen des Europäischen Rates oder des Rates aussprechen und ihre Vertreter nicht teilnehmen dürfen, bis die Bedenken hinsichtlich der Legitimität und Rechtmäßigkeit des Regierungsmandats aufgegriffen und ausgeräumt sind. Auf diese Weise könnte die Integrität der EU-Entscheidungsfindung gewahrt und eine möglicherweise noch weiterreichende institutionelle Krise abgewendet werden – vorausgesetzt, die Mitgliedstaaten erkennen die Notwendigkeit einer politischen Lösung für die entstehende Bedrohung an.

Für die Ukraine wäre dieses Szenario eindeutig das negativste. Angesichts einer noch stärkeren politischen Isolation innerhalb der EU – die mangels funktionierender

Rechtsinstrumente womöglich das einzige realistisch verfügbare Option der EU wäre – würde Ministerpräsident Orbán noch stärker von externer Unterstützung aus Russland und der Trump-Administration abhängig. Da Orbán versuchen könnte, eigenen Wahlbetrug zu kaschieren und gesellschaftliche Unterstützung zu mobilisieren, [indem er der Ukraine Wahleinmischung vorwirft](#), erscheint jegliche Annäherung zwischen Ungarn und der Ukraine in diesem Wahlszenario nahezu unrealistisch – insbesondere dann, wenn der russische Einfluss auf Ungarns Ukrainepolitik weiter zunimmt.

Szenario 4: Verfassungsrechtlicher Staatsstreich

Abgesehen davon, erhebliche Unregelmäßigkeiten am Wahltag zu erzeugen oder eine groß angelegte Informationsmanipulationskampagne einzusetzen, die das Wahlergebnis selbst beeinflusst, stehen Ministerpräsident Orbán auch andere Wege offen, falls er die negativen Folgen einer möglichen Wahlniederlage vermeiden will.

Er könnte versucht sein, entweder den Wahlen ihre tatsächliche politische Bedeutung zu nehmen oder sie so lange zu verschieben, bis er auf die eine oder andere Weise wieder die Oberhand über Tisza gewinnen kann.

Dieses Szenario umfasst in der Praxis zwei unterschiedliche Strategien, die sich unter dem Begriff eines verfassungsrechtlichen Staatsstreichs zusammenfassen lassen.

Im ersten Fall könnte Ministerpräsident Orbán versuchen, den Wahlen ihre politische Bedeutung zu entziehen, indem er das politische System Ungarns durch eine Verfassungsreform oder -änderung von einem parlamentarischen in ein semipräsidentielles System überführt. Das ungarische Grundgesetz enthält keine Beschränkungen für Verfassungsänderungen im Vorfeld von Wahlen; Fidesz könnte daher eine solche Reform erforderlichenfalls sogar in den letzten Wochen vor der Wahl am 12. April verabschieden und umsetzen.

Mit einer verfassungsändernden Supermehrheit im ungarischen Parlament und einem Staatspräsidenten, der ein solches Verfahren voraussichtlich ohne verfassungsrechtliche oder politische Einwände

ermöglichen würde, bestünde kein rechtliches Hindernis für die Einführung eines semipräsidentiellen Systems. Eine solche Reform könnte dem Präsidenten Befugnisse verleihen, die jenen im französischen System ähneln, bei gleichzeitiger Beibehaltung der parlamentarischen Wahl des Staatsoberhauptes, und es ermöglichen, Ministerpräsident Viktor Orbán für die nächste fünfjährige Amtszeit zum Präsidenten Ungarns zu wählen.

Politisch käme ein solcher Schritt einem verfassungsrechtlichen Staatsstreich gleich, da er den Wahlsieg der Tisza-Partei, der unterhalb einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bleibt, faktisch neutralisieren könnte. Rechtlich bliebe die Reform jedoch mit dem ungarischen Verfassungsrahmen vereinbar, da die Regierungspartei in der Lage ist, die Verfassung einseitig zu ändern.

Im zweiten Szenario könnte ein behaupteter Vorfall – möglicherweise einschließlich einer False-Flag-Operation – als Rechtfertigung für die Ausrufung des Ausnahmezustands herangezogen werden, mit der Begründung, er zielt auf den *„Umsturz oder die Untergrabung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Sicherung der ausschließlichen Machterlangung oder die massenhafte Gefährdung von Leben und Eigentum“*. Nach Artikel 50 des [ungarischen Grundgesetzes](#) kann die Nationalversammlung einen solchen Ausnahmezustand mit Zweidrittelmehrheit ausrufen.

Nach Artikel 55 des Grundgesetzes *„dürfen die allgemeinen Wahlen der Mitglieder der Nationalversammlung während eines Verteidigungszustands oder eines Ausnahmezustands weder ausgeschrieben noch abgehalten werden“*.

Das amtierende Orbán-Regime könnte versucht sein, durch Aktivierung dieser Verfassungsbestimmungen die Wahl zu verschieben – insbesondere dann, wenn Umfragen auf einen klaren Sieg der Opposition hindeuten. Ein solcher Schritt könnte der Regierung Zeit verschaffen, bis die politische Bedrohung durch Péter Magyar auf andere Weise eingedämmt werden kann.

Aus innenpolitischer Perspektive wären allerdings beide Varianten mit erheblichen Risiken für die Amtsinhaber verbunden – womöglich sogar mit größeren Risiken als jene, die mit Wahlmanipulationen einhergehen. Während

raffinierte Formen von Wahleinflussnahme und insbesondere ihr Umfang und ihre Wirkung häufig interpretationsfähig bleiben und politisch umkämpft sind, würden Verfassungsengineering oder eine Wahlverschiebung von einem großen Teil der Bevölkerung voraussichtlich als offenkundiger Versuch wahrgenommen, den ungarischen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, über ihre politische Zukunft zu entscheiden. Unter solchen Umständen könnte die Legitimität des Regimes noch schwerer beschädigt werden als im Szenario manipulierter Wahlen.

Im Fall einer Verfassungsreform könnten Zuständigkeiten für EU- und Außenpolitik auf das Präsidentenamt übertragen und damit fest unter der Kontrolle Viktor Orbáns gehalten werden. Eine solche Veränderung könnte jeden positiven Effekt eines parlamentarischen Wahlsiegs von Tisza faktisch neutralisieren.

Da eine solche Verfassungsänderung formal rechtmäßig beschlossen werden könnte, wäre es für die Institutionen der Europäischen Union schwierig, sie auf rechtlchem Wege anzufechten. Ihre Reaktion dürfte daher in erster Linie von politischen Erwägungen abhängen, insbesondere vom Ausmaß und der Dauer innenpolitischer Proteste in Ungarn.

Für die Ukraine könnte insbesondere das Ausnahmezustandsszenario erhebliche Risiken bergen. Im Falle einer False-Flag-Operation könnten Behauptungen aufkommen, die Ukraine sei für die angebliche Bedrohung verantwortlich, was die bilateralen Spannungen weiter politisieren würde. Da der gegenwärtige Zustand der ungarisch-ukrainischen Beziehungen [Kyjiws Position innerhalb der EU bereits heute erschwert](#), könnte eine solche Entwicklung die Lage erheblich verschärfen. In diesem Szenario wäre jeder Kompromiss, der zu einer konstruktiveren ungarischen Haltung gegenüber der Ukraine in der EU-Entscheidungsfindung führen könnte, höchst unwahrscheinlich.

Szenario 5: Zusammenbruch der Oppositionskampagne und Last-Minute-Sieg von Fidesz

Trotz des derzeitigen Vorsprungs von Tisza in den Umfragen bleibt ein Sieg von Fidesz unter den „üblichen“

Bedingungen „freier, aber nicht fairer Wahlen“ plausibel und kann nicht ausgeschlossen werden.

Ein solches Ergebnis würde von zwei zentralen Voraussetzungen abhängen:

- Erfolgreiches Agenda-Setting durch Fidesz, das den Fokus des Wahlkampfes – und die Aufmerksamkeit der Wählerinnen und Wähler – von schlechter Regierungsführung und den ökonomischen Folgen der das Orbán-Regime durchziehenden strategischen Korruption hin zum zentralen Kampagnennarrativ der Partei verschiebt: der angeblichen äußeren Bedrohung der ungarischen Sicherheit durch die Ukraine;
- Ein erheblicher Einbruch der Tisza-Kampagne, sei es durch Kommunikationsfehler, die zu größeren Skandalen führen, oder durch den Einsatz aggressiver Kampagnentaktiken seitens Fidesz wie Überwachung, Erpressung oder sogenannte Honey Traps.

Auch wenn die politische Nachwirkung dieses Szenarios auf den ersten Blick Kontinuität mit den bekannten Dynamiken des Orbán-Regimes nahelegen würde, sollte mindestens ein bedeutender Störfaktor mitbedacht werden.

Ein Sieg von Fidesz ist in erster Linie unter der Prämisse vorstellbar, dass der Konflikt mit der Ukraine zum dominierenden Thema des Wahlkampfes wird. Dies würde jeden pragmatischen Kompromiss unweigerlich erschweren – etwa beim Öltransit durch die Druschba-Pipeline oder bei der Freigabe des EU-Finanzhilfepaketes von 90 Milliarden Euro für Kyjiw durch Ungarn. Zwar wären Einigungen in diesen Fragen nicht völlig ausgeschlossen, doch könnte Viktor Orbán – gestärkt durch einen gegen alle Erwartungen errungenen Wahlsieg – zu einem noch schwierigeren Verhandlungspartner für die Europäische Union ebenso wie für die Ukraine werden. In einem solchen Kontext könnte er das Druckpotenzial, das sich aus der dringenden Abhängigkeit der Ukraine von EU-Finanzhilfen ergibt, voll ausschöpfen.

Schlussfolgerung

Die ungarischen Parlamentswahlen 2026 werden nicht nur eine Schlüsselrolle für die innenpolitische Zukunft des

Landes spielen, sondern auch die geopolitische Landschaft der Europäischen Union mitprägen. Ihr Ausgang wird darüber entscheiden, ob Ungarn ein dauerhafter Hemmschuh für einen EU-Konsens zur Ukraine bleibt oder sich innerhalb der Union wieder als kooperativer Partner positioniert.

Unter den möglichen Szenarien bietet ein klarer Sieg der Opposition die besten Aussichten auf die Wiederherstellung eines konstruktiven ungarischen Engagements innerhalb der Europäischen Union und gegenüber der Ukraine. Demgegenüber könnten Szenarien, die auf Wahlmanipulation, verfassungsrechtliches Engineering oder erneute nationalistische Mobilisierung hinauslaufen, die Spaltungen innerhalb der EU vertiefen und Europas kollektive Antwort auf Russlands Krieg gegen die Ukraine zusätzlich erschweren.

Für europäische Entscheidungsträger:innen sollte diese Wahl daher nicht lediglich als nationaler politischer Wettbewerb verstanden werden, sondern als kritischer Moment für den strategischen Zusammenhalt der EU und ihre Fähigkeit, die Ukraine in einer Zeit existenzieller Herausforderung zu unterstützen.

Über den Autor

Daniel Hegedüs ist stellvertretender Direktor des Instituts für Europäische Politik (IEP) in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind der Rückgang von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union, die Schnittstelle zwischen Autokratisierung und Außenpolitik sowie die Europa- und Außenpolitik der Visegrad-Staaten. Daniel ist Autor von mehr als 80 wissenschaftlichen und politischen Beiträgen und schreibt regelmäßig für internationale Medien.

Über den Wahlmonitor

Der Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor:innen

Funda Tekin

Layout

Julia Winter, Eva-Marie Mall

ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch



iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

